

# Übersichten

## Außenpolitik

### \* (1) Arbeitstagung des Politbüros über die nationale und internationale Lage

Nach Angaben der gewöhnlich gut informierten Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* beschäftigte sich das Politbüro des ZK der KPCh auf einer dreitägigen Arbeitstagung am 10., 11. und 14. April 1990 mit einer parteiintern als "extrem wichtig" (feichang zhongyao) bezeichneten Rede Deng Xiaopings über die interne Lage und die Ereignisse in der Sowjetunion und in Osteuropa. Es soll sich um eine der bedeutendsten Reden handeln, die Deng in den letzten Jahren gehalten hat. Die Rede soll u.a. dazu gedient haben, die unterschiedlichen Ansichten innerhalb der chinesischen Führung über Chinas künftige Außenpolitik zu vereinheitlichen. Orthodoxe Marxisten-Leninisten um den Parteiveteran Wang Zhen waren vor der Rede Dengs dafür eingetreten, die Reise von Ministerpräsident Li Peng in die Sowjetunion abzusagen und hatten darüber hinaus offenbar gefordert, die bisher nur parteiintern geübte Kritik an dem politischen Konzept von Gorbatschow öffentlich zu machen. Deng Xiaoping sprach sich dagegen in seiner Rede für eine pragmatische Politik nach außen und ein prinzipientreues Vorgehen nach innen aus. (Zhengming, Mai 1990, S. 6-8)

Auf der Grundlage der Äußerungen Dengs soll das chinesische Außenministerium folgende neue außenpolitische Leitlinien aufgestellt haben:

- Gegenüber dem Westen soll vor allem eine Politik der Aufsplitterung betrieben werden.
- Gegenüber den USA wird um keinen Zoll nachgegeben.
- Zu Japan sollen die Beziehungen intensiviert werden, um die Widersprüche zwischen Japan auf der ei-

nen Seite und den USA und Westeuropa auf der anderen Seite zu vergrößern (sic!).

- Die zwischenstaatlichen Beziehungen zur Sowjetunion werden aufrechterhalten.
- Mit Nordkorea, Kuba und anderen sozialistischen Staaten sollen die Beziehungen intensiviert werden.
- Die Beziehungen zu den Staaten der Dritten Welt sollen in großem Maße verbessert werden.

-sch-

### \* (2) Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Lesotho

Nachdem die Regierung des südafrikanischen Königreichs Lesotho am 4. April diplomatische Beziehungen mit Taipei aufgenommen hat, beschloß die Regierung der VR China, die einer Art chinesischen Hallstein-Doktrin folgt, am 7. April die Beziehungen zu Lesotho abzubrechen, da der Vertragspartner gegen die Prinzipien verstoßen habe, die bei der Aufnahme beiderseitiger diplomatischer Beziehungen am 30. April 1983 vereinbart wurden (XNA, 8.4.90).

Lesotho ist nach Grenada, Liberia und Belize das vierte Entwicklungsland, das Beijing den Rücken gekehrt hat. Jedemal reagierte Beijing mit dem Abbruch oder dem Einfrieren der Beziehungen und warf Taipei eine "Dollar-diplomatie" vor, mit der die Aufnahme staatlicher Beziehungen "erkauft" werde. Taipei hat seine eigene Hallstein-Doktrin im Zusammenhang mit jenem Stimmungswandel aufgegeben, der nach dem "Massaker vor dem Tiananmen" weltweit durchschlug. Seitdem betreibt es eine "flexible Diplomatie", in deren Vollzug es von seiner eigentlichen Stärke, nämlich seiner Wirtschaftskraft, Gebrauch macht.

Da Beijing befürchten muß, daß Taiwan noch weitere, bisher sichergeglaubte Beziehungen aufrollt, hat es

gegenüber Afrika eine besonders intensive Umarmungspolitik begonnen, die auch noch dadurch unterstützt wird, daß sich die Volksrepublik von den Staaten der "Zweiten Welt" isoliert sieht und sich nunmehr verstärkt wieder der "Dritten Welt" zuwendet, vor allem derjenigen auf dem schwarzen Kontinent. Allein im April besuchten die Staatspräsidenten von Äquatorialguinea und der Republik Zentralafrika die Volksrepublik. Außerdem kam ministerieller Besuch aus Äthiopien und aus Nigeria. Am 12. April wurde in Beijing feierlich der 30. Jahrestag der "Chinesisch-Afrikanischen Vereinigung für Völkerfreundschaft" abgehalten (XNA, 7., 12., 14., 17. und 18.4.90).

Aber auch im Südpazifik heißt es vorsichtig sein: Dort gibt es zahlreiche kleine Republiken und Königreiche, die für lukrative Angebote aus Taipei durchaus ein offenes Ohr haben. Es traf sich deshalb gut, daß der Ministerpräsident der südpazifischen Republik Fidschi Mitte April zu einem Staatsbesuch nach Beijing kam, wo ihm größte Aufmerksamkeit geschenkt wurde (XNA, 20.4.90). -we-

### \* (3) Keine Einwände gegen den Machtwechsel in Nicaragua

Noch in den sechziger Jahren hätte die chinesische Außenpolitik gegen einen Machtwechsel, wie er sich zwischenzeitlich in Nicaragua vollzogen hat, einiges einzuwenden gehabt: In den bekannten "Neun offenen Briefen" an das ZK der KPdSU war beispielsweise sogar der von Chruschtschow geforderte Machtübergang zugunsten einer KP im Wege von Wahlen als "revisionistisch" abgelehnt worden. Wahlergebnisse zugunsten "reaktionärer" konservativer Kräfte gar, in deren Ergebnis eine etablierte KP die Macht aufgeben muß, wären ohnehin indiskutabel gewesen.

Mittlerweile hat sich hier freilich ein Gesinnungswandel eingestellt: Nicht nur daß die KPCh offizielle Beziehungen auch mit nichtkommunistischen Parteien aufgenommen hat, mußte sie in der Zwischenzeit so viele Umbrüche in der sozialistischen Welt zur Kenntnis nehmen, daß das Ereignis in Nicaragua nahezu peripher erscheint.

Beijing beschloß deshalb, den Wandel kommentarlos zur Kenntnis zu nehmen und zur Zeremonie der Macht-



übernahme durch die neue Präsidentin von Nicaragua einen eigenen Bevollmächtigten zu entsenden, der freilich - wen wundert es - verhältnismäßig "tief angesiedelt" war, nämlich den Gesundheitsminister Chen Minzhang (XNA, 20.4.90). Sollte damit eine versteckte Andeutung - nämlich auf "Wiedergesundung" Nicaraguas - enthalten sein? Oder war hier doch nur der Zufall im Spiel? -we-

\* (4)

#### **Auslieferung eines Flugzeugführers**

Die Regierung in Tokyo beschloß Ende April, den 36 Jahre alten Chinesen Zhang Zhenhai, der im Dezember 1989 einen Jumbojet der CAAC mit 233 Menschen an Bord nach Japan entführt hatte, an China auszuliefern.

Am 24.4. hatte Japans höchstes Gericht einen Appell gegen die Ausweisungsverfügung des japanischen Justizministers verworfen.

Im Zusammenhang mit dem Auslieferungsbeschluß gab das japanische Außenministerium bekannt, die chinesische Regierung habe der japanischen Regierung schriftlich zugesichert, daß Zhang nur wegen der Entführung vor Gericht gestellt werde, und daß diese Tat mit allenfalls 3-10 Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden dürfe.

Zhang hatte als Motiv der Flugzeugentführung angegeben, er werde wegen seiner Teilnahme an den Demonstrationen vor dem Tiananmen vom Juni 1989 verfolgt und beantrage deshalb Asyl.

Weder die Regierung noch das Gericht hat sich jedoch von dieser Argumentation beeindrucken lassen.

Die Regierung muß sich vorwerfen lassen, daß sie schon vor Abschluß der polizeilichen Ermittlungen erklärt hatte, sie habe aufgrund einer Gesamtwürdigung aller Tatumstände und der japanisch-chinesischen Beziehungen beschlossen, den Täter an China auszuliefern. Auch hatte Tokyo Zhangs Frau und Kind zusammen mit den übrigen chinesischen Passagieren sofort nach der Landung wieder nach China zurückgeschickt, ohne daß für die Frau Gelegenheit bestand, mit ihrem Mann oder mit einem Anwalt zu sprechen. Den Angehörigen geschehe

ja nichts, da sie nicht als Mittäter anzusehen seien, hieß es zur Rechtfertigung, obwohl zumindest die Regierung hätte wissen müssen, daß auch die Ehefrau mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sofort nach ihrer Ankunft festgenommen würde. Dies geschah dann auch in der Tat.

Man wird den Verdacht nicht los, daß Zhang ein Opfer der Politik - sprich des japanischen Opportunismus gegenüber der VR China - geworden ist.

Am 28. April wurde Zhang trotz zahlreicher internationaler Proteste chinesischen Sicherheitsbeamten übergeben, die den Flugzeugführer zurück nach Beijing brachten.

Die japanische Geste nützt dem chinesisch-japanischen Klima: Wenige Tage vorher war eine chinesisch-japanische Investitionsorganisation in Tokyo errichtet worden, die von 120 japanischen Firmen und Banken getragen wird (XNA, 30.3.90). Gleichzeitig hatte Japan angekündigt, seine Wirtschaftshilfe für China in Höhe von 810 Mrd. ¥ "sobald wie möglich" wieder aufzunehmen (Kyodo in SWB, 19.4.90). -we-

\* (5)

#### **Chinas Standpunkt im Kampf gegen Drogenmißbrauch**

Bei der 17. UNO-Sondertagung, die sich mit dem Thema "Internationale Kooperation beim Kampf gegen Drogenhandel" befaßte, legte der chinesische Vizeminister für Gesundheitswesen, Gu Yingqi, den Standpunkt Chinas zu diesem Thema dar: Die Politik der chinesischen Regierung im Kampf gegen Drogenmißbrauch sei 30 Jahre lang so konsequent durchgeführt worden, daß China noch Ende der siebziger Jahre im Rufe stand, ein drogenfreies Land zu sein.

In der Zwischenzeit allerdings hätten sich internationale Drogenbanden in Zusammenarbeit mit kriminellen einheimischen Elementen auch in China breit machen können: sie benutzten entweder das chinesische Territorium als Durchgangsland für ihren Schmuggel oder versuchten, Drogen in China selbst abzusetzen. China habe den Kampf gegen diese Machenschaften aufgenommen und rechne damit, daß es sich hier um eine nur auf lange Sicht zu lösende Aufgabe handle. Bei seinen

Bemühungen wolle es mit anderen Staaten sowie mit den Agenturen der UNO für die Drogenkontrolle zusammenarbeiten.

Internationale Kooperation bedeute jedoch nicht, daß sich irgendein Staat in die Angelegenheiten eines anderen einmischen dürfe (XNA, 22.2.90). Leider habe es in "jüngster Zeit ... einige Vorfälle gegeben, die gegen den Geist der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz verstoßen" hätten. Solche Länder seien nicht einmal vor "bewaffneter Invasion" zurückgeschreckt, wobei sie die Drogenbekämpfung lediglich als Vorwand benutzt hätten. Dadurch sei den gemeinsamen weltweiten Bemühungen um Bekämpfung des Übels erheblich geschadet worden.

Der chinesische Vertreter zielte hier offensichtlich auf die Invasion Panamas durch die USA und auf die Gefangennahme des dortigen Staatschefs Noriega ab (vgl. XNA, 23.2.90).

Das Drogenthema wurde auch bei der Tagung der Interparlamentarischen Union in Nikosia Anfang April 1990 vom chinesischen Vertreter angesprochen. Erneut kam es hierbei zu Angriffen auf den "Hegemonismus" bestimmter Länder (XNA, 7.4.90).

Bereits in den siebziger Jahren war es Chinas Angewohnheit gewesen, Sachthemen, ob es sich nun um Umweltschutz, um Bevölkerungsplanung oder um Drogenbekämpfung handelte, zu politisieren. In den achtziger Jahren schien dieser alte Brauch langsam auszustarben, doch nun, in den Neunzigern, scheint er wieder zurückzukehren. Dies alles paßt in den Kontext des veränderten Klimas in der Volksrepublik. -we-

---

## Innenpolitik

---

\* (6)

#### **"Extrem wichtige Rede" Deng Xiaopings soll die politische Führung auf einheitlichen Kurs bringen**

Die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* druckte in ihrer Mai-Ausgabe 1990 die folgenden Auszüge aus einer intern als "extrem wichtig" bezeichneten Rede von Deng Xiaoping ab. In